



Presseschau vom 25.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Erstmals seit Jahrzehnten: Asowsches Meer entfernt sich 100 Meter von der Küste**

In der russischen Region Krasnodar wurde eine starke Ebbe vor der Küste von Primorsko-Achtarsk aufgenommen, die es seit Jahrzehnten nicht mehr gab.

Das Meer bewegte sich ungefähr 100 Meter von der Küste entfernt, so dass man den Meeresgrund sehen kann. Der Grund für dieses Phänomen ist vermutlich ein starker Wind. Einheimische riefen dazu auf, diese Gelegenheit zu nutzen, um den Meeresboden zu reinigen, bevor das Wasser wieder zurückkehrt. Einige Internetnutzer schlugen vor, dass man am Strand auch nach Gold und anderen Edelmetallen suchen könnte.

Die meisten User waren überrascht über eine so starke Ebbe des Asowschen Meeres. „So was habe ich dort noch nie gesehen. Wow. Normalerweise ist der Pier halb im Wasser“, schrieb *olga_ermolenko1212*. „Das ist ein normales Phänomen, aber nicht so häufiges. Der Wind treibt das Wasser vom Ufer, schlimmer ist es, wenn es zurück ist“, kommentierte der Benutzer *ksanafiatat*.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32238/47/322384773.jpg>

de.sputniknews.com: **Gemeinsame Übung mit China und Südafrika: Russischer Raketenkreuzer in Kapstadt eingetroffen**

Der russische Raketenkreuzer „Marschall Ustinow“ ist am Sonntag im Hafen von Kapstadt zur Teilnahme an gemeinsamen Marineübungen mit China und Südafrika eingetroffen. Das gab Marine-Sprecher Wadim Serga gegenüber russischen Medien bekannt.

Die Schiffscrew wurde am Nachmittag von südafrikanischen Matrosen empfangen. Bei der Einfahrt in den Hafen waren 21 Artilleriesalven zu hören.

Die russischen Seeleute sollen noch einige Tage in Südafrika bleiben, um Wasser- und Nahrungsvorräte anzulegen.

Die gemeinsamen Marineübungen „Mosi“ sollen am 25. November beginnen. Die südafrikanische Marine vertreten dabei die Fregatte „SAS Amatola“ und das Versorgungsschiff „SAS Drakensberg“. An den Übungen soll auch die chinesische Fregatte vom Typ 054A „Weifang“ teilnehmen.

<https://youtu.be/5GQWCX1DmTo>

vormittags:

ukrinform.de: **"Kein Verrat": Ministerin bestätigt Fortschritt bei Verhandlungen mit IWF**

Das Finanzministerium der Ukraine bestätige den Fortschritt und die Abstimmung von vielen Kenndaten des zukünftigen Programms mit dem Internationalen Währungsfonds IWF.

Dies teilte die Finanzministerin Oxana Markarowa in Facebook mit.

"Die IWF-Kollegen haben die Arbeit in Kyjiw abgeschlossen und eine Erklärung zum Abschluss der Mission veröffentlicht. Das Ministerium bestätigt die erzielten erheblichen Fortschritte und die Abstimmung von sehr vielen Parametern des künftigen Programms", stellte sie fest.

Sie wies darauf hin, dass es sich bei der Erklärung der IWF-Mission um keinen "Verrat" handle.

"Wer regelmäßig Erklärungen liest, hat bemerkt, dass es keinen Satz nach dem "aber" gibt. Kein Verrat. Wir gehen aktiv in Richtung Abstimmung des Programms vorwärts", sagte Markarowa.

Wie Ukrinform berichtete, teilte man in der Vertretung des Fonds in der Ukraine mit, dass die Diskussionen über das neue Programm des Internationalen Währungsfonds in den kommenden Wochen fortgesetzt werden.

Die IWF-Mission besuchte am 14.-22. November die Ukraine.

Der Internationale Währungsfond bereitet für die Ukraine ein Programm im Format der erweiterten Finanzierung (EFF) vor, das auf drei Jahre ausgelegt ist.

In der Nationalbank NBU glaubt man, dass die Ukraine ein neues, langfristiges

Kooperationsprogramm mit dem Internationalen Währungsfonds im Gesamtwert von \$5-10 Milliarden abschließen sollte. Die erste Tranche des neuen IWF-Programms könnte nach Prognosen der NBU bis Ende 2019 erfolgen. Die Nationalbank rechnet mit rund 2 Milliarden US-Dollar.

Auch der Leiter der IWF-Mission in der Ukraine, Ron van Roden, erklärte, es werde in den nächsten Wochen über das neue Programm des Internationalen Währungsfonds weiter diskutiert.

Dem Leiter der IWF-Mission zufolge habe das Team von IWF-Experten konstruktive und fruchtbare Diskussionen mit Vertretern der ukrainischen Regierung geführt.

"Die IWF-Mission hat den wesentlichen Fortschritt, der in den letzten Monaten auf dem Weg zur Förderung von Reformen und zur Einhaltung ausgewogener Wirtschaftspolitik erreicht wurde, gewürdigt", heißt

de.sputniknews.com: **Nach Lettland: Estland erwägt Ausstrahlungsverbot für russische TV-Sender – Medien**

Die estnischen Behörden schließen ein Ausstrahlungsverbot für die russischen TV-Sender, die angeblich mit dem russischen Geschäftsmann Juri Kowaltschuk in Verbindung stehen, nicht aus. Peeter Sookruus, der Berater für Mediadienste in der Behörde für Verbraucherschutz und technische Aufsicht, hat sich dazu gegenüber Medienunternehmen ERR geäußert.

„Wir befinden uns derzeit in einem Analysezustand und planen keine sehr schnellen Schritte. Es ist jedoch keine Option ausgeschlossen“, zitiert ERR Sookruus.

Da die Länder im audiovisuellen Bereich etwas andere Vorschriften hätten, seien auch ihre rechtlichen Rahmenbedingungen und folglich ihre Reaktionsfähigkeit unterschiedlich, fügte er hinzu.

„Wir haben eine etwas andere Funktion - wir können vorschreiben, dass einige Kanäle für bestimmte Zeit nicht mehr senden sollen, aber wir führen keine regelmäßige Beobachtung durch. Das heißt, wenn ein neues Unternehmen auftaucht, das die Kanäle eines Staates in seine Pakete aufnehmen möchte, muss es bei der Behörde im Gegensatz zu Lettland und Litauen keine Erlaubnis einholen“, so Sookruus weiter.

In der vergangenen Woche hat der Nationale Rat für elektronische Medien in Lettland beschlossen, die Ausstrahlung von neun Fernsehsendern im Land einzustellen, da sie angeblich mit dem Unternehmer Juri Kowaltschuk in Verbindung gebracht wird, der auf der EU-Sanktionsliste steht.

Auch das estnische Außenministerium beabsichtigt, die Situation mit einem möglichen Ausstrahlungsverbot für die russischen TV-Sender zu analysieren.

„Wir werden uns mit unseren lettischen Kollegen und der Europäischen Kommission über die genauen Gründe sowie die Begründung für die Verhängung von Sanktionen beraten und ihre Entscheidung analysieren“, so Sprecherin des Außenministeriums Estlands Inga Bowden gegenüber ERR.

Moskau nimmt Stellung

Zuvor hatte Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, erklärt, dass das neue Ausstrahlungs-Verbot für die russischen Medien in Lettland einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht und die Säuberung des Informationsraums darstelle. Dies sei auch eine Fortsetzung einer absolut illegalen Politik, die darauf abziele, den Zugang der russischsprachigen Staatsbürger zu alternativen Informationsquellen zu beschränken.

Die Behörden im Baltikum hatten die Tätigkeit der russischen Medien wiederholt behindert. Das Außenministerium Russlands hatte auf klare Anzeichen für koordinierte Aktivitäten

dieser Staaten hingewiesen. Die Tatsache, dass in diesen Ländern den Medien Hindernisse in den Weg gelegt würden, „zeigt deutlich, was die demagogischen Aussagen über das Engagement von Vilnius, Riga und Tallinn für die Grundsätze der Demokratie und der Meinungsfreiheit in der Praxis wert sind“.

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK:

Am 24. November 2019 wurden **kein Beschuss auf das Territorium der LVR** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Russland schickt Militärinspektoren nach Portugal**

Russische Inspektoren prüfen gemäß dem Wiener Dokument 2011 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen der OSZE ein Gebiet in Portugal. Das berichtet die russische Armeezeitung „Krasnaja swesda“ am Montag unter Berufung auf den Chef des nationalen Zentrums für Verringerung der nuklearen Gefahr, Sergej Ryschkow. „Eine russische Inspektionsgruppe plant, im Zeitraum zwischen dem 25. und 29. November im Rahmen der Umsetzung des Wiener Dokuments 2011 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen das genannte Gebiet auf portugiesischem Territorium zu prüfen“, so die Zeitung.

Das zu untersuchende Gebiet umfasst rund 16.000 Quadratkilometer. Die Inspektoren werden Schulungszentren und Übungsgelände besuchen und sich über die dort befindlichen Formationen und Truppenteile informieren lassen.

Das Wiener Dokument 2011 sieht einen breiten Austausch von Informationen über Militärkräfte, Verteidigungsplanung und Militärbudgets vor. Die OSZE-Länder sind außerdem verpflichtet, einander über bestimmte Arten der militärischen Tätigkeit zu informieren sowie Beobachter einzuladen und Inspektionen vorzunehmen. Das Dokument zielt darauf ab, das Vertrauen und die Sicherheit zwischen den 57 OSZE-Mitgliedstaaten in Europa, Asien und Amerika zu festigen.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. November 3:00 bis 25. November 3:00**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die **Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 6**. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Spartak, Donezk (Siedlung des „Trudowskaja“-Bergwerks), Staromichajlowka, Sachanka**.

Opfer unter den zivilen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 34.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 67.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Türkei beginnt Tests von S-400-Radargeräten – Medien**

Die Türkei beginnt die Funktionsfähigkeit der Radare zu testen, die bei Russland für die Flugabwehrsysteme S-400 gekauft wurden. Zu diesem Zweck wird man Jagdflugzeuge F-16 und andere Flugzeuge aufsteigen lassen. Dies meldet die Zeitung „Milliyet“ unter Verweis auf eine Militärquelle am Montag.

Nach Angaben des Blattes ist der Testzweck die Prüfung der Kommunikation zwischen den Abwehrsystemen und den Fliegern.

„Das Sekretariat der Verteidigungsindustrie wird am 25. und 26. November Übungsflüge von Kampfjets F-16 und anderer Flugzeuge in unterschiedlichen Höhen im Luftraum von Ankara durchführen“, heißt es in einer Mitteilung der Administration des Bürgermeister von Ankara. Die Lieferungen der neuesten russischen Flugabwehrsysteme S-400, die eine Krise in den Beziehungen der Türkei und der USA hervorgerufen hatten, begannen Mitte Juli. Nach Worten des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan würden die S-400 im April 2020 in Betrieb gesetzt. Washington forderte, den Deal aufzugeben und als Ersatz dafür US-amerikanische Systeme Patriot zu erwerben. Dabei drohte Washington, den Verkauf neuester Kampfjets F-35 an die Türkei zu verzögern oder gar aufzuheben sowie Sanktionen in Übereinstimmung mit dem CAATSA-Gesetz (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act) zu verhängen. Ankara weigerte sich, Zugeständnisse zu machen.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK:

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern Abend das Feuer aus Richtung Krasnogorowka in Richtung Staromichajlowka mit Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

In der Folge des Beschusses wurden folgende Schäden festgestellt:

- Dnjepropetrowskaja-Straße 8 (Dach, Wirtschaftsgebäude);
- Dnjepropetrowskaja-Straße 12 (Fassade, Wirtschaftsgebäude).

Opfer unter den Zivilisten wurden nicht festgestellt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Experte zu verschärftem US-Druck auf Türkei: „Mit Peitsche, ohne Zuckerbrot“**

Washington hat Ankara aufgefordert, seine S-400-Luftabwehrraketen „zu vernichten, (den Russen) zurückzugeben oder loszuwerden“. Ob die Türkei das tun wird, analysierte der russische Politologe und Militärexperte Konstantin Sliwko in einem Interview für Sputnik. Ein hochrangiger Vertreter des US-Außenministeriums erklärte jüngst, dass die Türkei die russischen S-400-Raketen aufgeben sollte.

„Die S-400-Lieferungen sind inakzeptabel und mit einem Sanktionsrisiko verbunden. Allerdings ist der Zeitpunkt (für Sanktionen) im Sinne des CAATSA-Gesetzes nicht bestimmt worden“, zitierte RIA Novosti den Beamten. „Man kann noch viel darüber reden, auf welchen Gebieten die Sanktionen gegen die Türkei verhängt werden, wie breit und tief sie sein könnten.“

„Die Türkei hat genug Handlungsspielraum, um an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Sie wissen ja: Damit alles aufgeht, müssen sie die S-400-Raketen vernichten, zurückgeben oder irgendwie sonst die Raketen loswerden. Wir haben ihnen die Möglichkeit, eine Batterie unserer Patriot-Raketen zu kaufen, die ihrem Bedarf auf dem Gebiet Luftabwehr entsprechen würde, nicht gesperrt“, ergänzte der Beamte.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump während des jüngsten Washington-Besuchs seines türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan erklärt, er hoffe auf eine „Regelung“ der Situation um den russisch-türkischen S-400-Deal.

Das Mitglied und Vizepräsident der Russischen Akademie der Raketen- und Artilleriewissenschaften Konstantin Siwkow findet angesichts dessen, dass Washington auf diese Weise „die Türkei verlieren“ könnte. Dieser Auffassung zeigte er sich in einem Interview für den Funksender Sputnik.

„Die Türkei hat sich für die Diversifizierung ihrer Rüstungssysteme entschieden, um nicht vollständig von den USA abzuhängen. Die Türkei ist kein Waffenhersteller, und die deutschen Panzer, über die sie verfügt, sind veraltet – aber neue Panzer bekommt sie nicht. Die Türken vertrauen weder der Nato im Allgemeinen noch Europa und haben sich deshalb für die Diversifizierung entschieden“, so der Experte. Der Druck, dem Washington Ankara aussetzt, könnte nach seiner Meinung dazu führen, „dass die Nato die Türkei überhaupt verliert“. Gleichzeitig verwies Siwkow darauf, dass die Nato bzw. die USA an der Türkei sehr interessiert seien, insbesondere wegen ihrer geografischen Lage.

„Nicht die Türkei hängt von den USA ab, sondern umgekehrt: Die Türkei könnte die USA aus Incirlik und von anderen Stützpunkten verjagen und überhaupt aus der Nato austreten. Dann würde die Nato ihre südliche Flanke verlieren, und die USA würden sich aus militärpolitischer Sicht erst an der israelischen Küste wiederfinden. Und hinsichtlich der Waffenlieferungen könnte sich die Türkei auf Russland umstellen. Die USA setzen auf Peitsche, ohne überhaupt Zuckerbrot zu bieten, und die Türkei ist kein Land, das sich um den Finger wickeln lässt.“

Die Türkei bekommt von Russland seine S-400-Luftabwehrraketen, die eine Krise zwischen Ankara und Washington provoziert haben, seit Mitte Juli. Im April 2020 sollen die Raketen laut Präsident Erdogan vollständig in die Bewaffnung der türkischen Truppen eingeführt werden.

Die USA verlangten von den Türken, den S-400-Deal aufzugeben und stattdessen US-Raketen Patriot zu kaufen, und drohten, ihnen keine F-35-Kampffjets zu verkaufen. Aber Ankara ließ sich nicht unter Druck setzen und lehnte Zugeständnisse ab.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.11.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer sechsmal das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik eröffnet.

In Richtung Donezk haben die Kämpfer Martschenkos aus der 28., Iwanows aus der 56. und Kokorjews aus der 92. Brigade der BFU die Gebiete von **Spartak, Staromichajlowka und der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In der Folge der Beschüsse wurden zwei Wohnhäuser in Staromichajlowka in der Dnjepropetrowskaja-Straße 8 und 12 beschädigt.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer aus der 20. Gebirgssturmbrigade auf Anweisung des Kriegsverbrechers Subanitsch das Gebiet von **Sachanka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 41 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Fällen von Beschüssen von Ortschaften wurden an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstabsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme eines Strafverfahrens gegen den Kommandeur der 10. Gebirgssturmbrigade Subanitsch übergeben und um sie den bereits laufenden Verfahren gegen die Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte Martschenko, Iwanow und Kokorjew hinzuzufügen.

Im Zusammenhang mit dem Eintritt der Kälte hat das Kommando der OOS „unerwartet“ mit

dem Problem der Heizung der Quartiere des Personals zu tun. Am schwierigsten ist die Situation in der 10. Gebirgsturmgruppe, die zur Ablösung der 36. Marineinfanteriebrigade eingetroffen ist. Massenhafte Beschwerden von Soldaten über nicht zufriedenstellende Unterbringungsbedingungen haben ihre Wirkung entfaltet und für dieses Problem interessiert sich bereits das Verteidigungsministerium der Ukraine, das vom Stab der OOS forderte, einen Bericht über die Bereitschaft der Quartiere des Personals für die Winterzeit zu liefern. Um die kritische Lage der Dinge zu verbergen, betreibt das Kommando der OOS unter Heranziehung taktischer Gruppen der Zentren für Informationsoperationen und des Pressedienstes des Stabs der OOS die Erstellung von inszenierten Videos, in denen gezeigt wird, wie Soldaten der 36. Brigade dem Personal der 10. Brigade beispielhafte Quartiere und Unterstände übergeben. Außerdem erfolgte ein vollständiges Verbot an das Personal, sich mit Journalisten zu unterhalten. Diese Art von Desinformation des übergeordneten Kommandos führt zu zahlreichen Bränden in den Quartieren des Personals. Um sich minimal bequeme Existenzbedingungen zu schaffen, nehmen Soldaten der BFU Wohnhäuser oder verlassene private Häuser ein. Im Zusammenhang mit dem Fehlen von Kohle und Brennholz muss das Personal die Unterkünfte mit Hilfe von Treibstoff heizen und ignoriert dabei Sicherheitsmaßnahmen. Der letzte Fall von Brand von Wohnquartieren wurde gestern im Gebiet von Beresowoje festgestellt, wo im Ergebnis der Nutzung von Diesel in Heizöfen durch Personal der 28. Brigade sechs Häuser und das Material einer Kompanie vollständig verbrannten. Zu diesem Fall wird eine Ermittlung durchgeführt, vor Ort ist eine Kommission aus dem Stab der OOS eingetroffen.

de.sputniknews.com: **Russlands Kriegsmarine geht bald mit Plastik-Schiffen auf hohe See**

Russlands Kriegsmarine erwägt den Kauf von Motorbooten mit einem Rumpf aus Niederdruck-Polyethylen. Wie die russische Online-Zeitung rg.ru am Montag schreibt, ist ein Schiff dieser Art bereits seit 2017 im Dienst der Kaspischen Flottille.

Aktuell geht es um die Lieferung von größeren Booten dieser Art für die russische Flotte, berichtet die Zeitung unter Berufung auf den in Rostow-am-Don ansässigen Hersteller „Rif“. Laut Gennadi Wassiljuk, dem Geschäftsführer des Unternehmens, hat Niederdruck-Polyethylen mehrere Vorteile: es rostet nicht, braucht keinen Außenanstrich, ist schlagfest und kann Temperaturen von minus 30 bis 50 Grad Celsius aushalten. Die Lebensdauer des Stoffes mache bis zu 50 Jahre aus.

„Die Leitung der Kaspischen Flottille schätzt die Betriebseigenschaften des Bootes wie seine Beweglichkeit, Zuverlässigkeit und Benutzerfreundlichkeit hoch ein. Es wird über die Herstellung von neuen Booten für die Bedürfnisse der Marine verhandelt“, sagte Wassiljuk.

„Rif“ ist der einzige Hersteller in Russland, der Schiffe aus Polyethylen baut. Das Unternehmen bietet seinen Kunden mehr als 20 Bootmodelle an – von Passagier- und Patrouillen-Booten bis hin zu Kleinschiffen für spezielle Nutzung.

Früheren Berichten von rg.ru zufolge plant die russische Kriegsmarine künftig, Minensucher und kleine Korvetten aus Verbundwerkstoffen auf Grundlage von faserverstärkten Kunststoffen zu bauen.

<https://youtu.be/36u5Q6Mpw5s>

de.sputniknews.com: **Vergiftung an russischer Schule: Ermittlung eingeleitet, alle Betroffenen verlassen Krankenhaus**

Im zentralrussischen Gebiet Nischni Nowgorod mussten Dutzende Menschen – fast alle davon Kinder – am Montag wegen einer Vergiftung medizinisch behandelt werden. Eine Ermittlung wurde eingeleitet.

Der Zwischenfall ereignete sich an einer Schule im Dorf Wad, das etwa 90 Kilometer Luftlinie südöstlich des regionalen Verwaltungszentrums Nischni Nowgorod liegt. 43 Kinder und ein Erwachsener wurden ins Krankenhaus des Dorfes gebracht. Es wurde offenbar eine

Vergiftung durch Gas vermutet.

Ermittlung eingeleitet

Die regionale Abteilung der russischen Staatsanwaltschaft leitete eine Ermittlung ein. Bei einer rund zwei Kilometer von der Schule entfernten Verteilerstation trat vorläufigen Angaben zufolge Odorierungsmittel aus, das dem Flüssiggas zugesetzt wird.

Alle Betroffenen haben mittlerweile nach einer medizinischen Untersuchung und Behandlung das Krankenhaus verlassen.

Gas-Firma dementiert Berichte über angebliches Leck

Das Unternehmen „Gazprom Transgas Nischni Nowgorod“ bestritt Informationen über ein mögliches Leck an der Station in Wad. Am Montag seien „keine Arbeiten mit einem Odorierungsmittel durchgeführt“ worden.

„Weder die Automatik, noch der Betreiber der Gasverteilerstation können Störungen bestätigen, die Arbeit der Gasverteilerstation ist stabil“, sagte die Sprecherin des Unternehmens Tatiana Ljubawina.

Ein Interventionsteam der Firma beschäftigt sich derzeit mit der Situation vor Ort.

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden wurden **kein Beschuss des Territoriums der LVR** von Seiten der BFU festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte stationieren weiter Waffen und Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie. So hat unsere Aufklärung am 24. November die Stationierung von drei Schützenpanzern der 72. Brigade im Gebiet von Nowoswanowka festgestellt.

In den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte arbeiteten weiter Kommission zur Kontrolle des Vorhandenseins von militärischem Material, das die Ukraine von den amerikanischen Partnern als Unterstützung erhalten hat. Nach dem Brand im Lager für militärisches Material der 59. Brigade im Oblast Winniza interessierte sich die Ermittlung außer für das untere kommandieren Personal und den Leiter des Lagers auch für Funktionsträger des Stabs der Brigade. Nach vorläufigen Informationen ist die Ursache des Brands eine Brandstiftung, die sorgfältig geplant war und die Spuren von Diebstahl des amerikanischen Materials verwischen sollte. Ich erinnere daran, dass in der Folge eines Brands Material für mehr als 12 Mio. Griwna verloren ging. Bei der Überprüfung widmeten die Mitglieder der Kommission, zu der auch Vertreter der USA gehören, ständige Aufmerksamkeit gerade dem Material, das im Rahmen des Militärhilfe Programms der USA zur Verfügung gestellt wurde, und stellten folgende Artikel als fehlend fest: 1600 Helme, 900 Panzerwesten, 90 Binokulare, 100 Feldzelte, 1500 Schlafsäcke, 1400 wasserfeste Anzüge.

Der Abschluss der Maßnahmen zur Kontrolle aller Lager der 59. Brigade ist für den 4. Dezember dieses Jahres geplant und bis zum 20. Januar 2020 werden alle Lagerobjekte der Truppenteile und Einheiten in der OOS-Zone überprüft werden. Der Wunsch nach schnellem Geld hat den Blick der Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte vollständig vernebelt.

In der Folge des völligen Fehlens von Kontrolle über die Untergebenen von Seiten des kommandierenden Personals werden in den ukrainischen Streitkräften täglich Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten festgestellt. So hat sich am 23. November ein Soldat der 46. Brigade, der 24 Stunden für die Bewachung eines Technikparkplatzes eingeteilt war, sich an Rauchgas vergiftet. Bei Ermittlungen wurde klar, dass der Soldat seit dem 20. November nicht abgelöst worden war. Die geringe Ausstattung der 46. Brigade und der Mangel an Personal führte zu einem weiteren Verlust. In der Nacht ließ ein Soldat des 1. Bataillons, um sich auszuruhen, ein UAS-Fahrzeug, das sich in einer Box befand, an und schief ein. Er starb in der Folge einer Vergiftung durch Abgase. Am Morgen wurde die Leiche von einem Kameraden aus der Einheit gefunden. Der Brigadekommandeur Kotenko berichtete nicht an übergeordneten Stab und wartet vermutlich auf einen günstigen Moment, um diesen nicht

kampfbedingten Verlust als Folge von Beschüssen auszugeben.

de.sputniknews.com: **Ein Auto für die breite Masse? Russisches E-Auto „Zetta“ läuft 2020 vom Band**

Die Serienproduktion des russischen Kleinwagens „Zetta“ soll im ersten Quartal 2020 beginnen. Mit kleinem Akku und Radnabenmotor zum Antrieb, soll das Fahrzeug über eine Reichweite von 200 Kilometern verfügen. Vom Preis her wäre es mit rund 6.400 Euro für die breite Masse erschwinglich.

Der russische Elektro-Kleinwagen „Zetta“ soll Anfang 2020 vom Band laufen. Dies berichten russische Medien unter Berufung auf den Pressedienst des föderalen Industrie- und Handelsministeriums mit. Die Entwicklung des Autos war ein Turboprojekt: Nur drei Jahre sind von der Idee bis zum fertigen Auto verstrichen.

Zehn „Zetta“-Autos in der Viersitzer-Ausführung sollen laut dem Unternehmen bereits im Dezember produziert werden. Im Jahr 2020 sollen 2.000 Stück folgen und ab 2021 werden es voraussichtlich 10.000 Autos pro Jahr. Neben der Viersitzer-Version gibt es den „Zetta“ auch als Zweisitzer.

Das Fahrzeug „Zetta“ verfügt über einen kleinen Lithium-Eisenphosphat-Akku und vier Radnabenmotoren. Dieser ungewöhnliche Antrieb setzt die Motoren direkt an den Rädern an, sodass der Antriebsstrang und diverse Komponenten, die die Kräfte eines zentralen Motors auf die Räder übertragen müssen, wegfallen. Die Radaufhängung stammt vom russischen Hersteller Lada, auch die anderen Komponenten kommen aus russischer Produktion. Allein die Batterie wird aus China importiert. Die Masse des Fahrzeugs soll sich zwischen 486 und 706 Kilogramm bewegen, der Kofferraum über einen Stauraum von 180 Litern verfügen. Mit einer Reichweite von 200 Kilometern und einer Höchstgeschwindigkeit von bis zu 120 Kilometern in der Stunde wäre „Zetta“ vor allem etwas für die künftige Stadtmobilität. Die Kosten von umgerechnet etwa 6.400 Euro machen das Fahrzeug dabei für die breite Masse erschwinglich. Der Ladevorgang soll vier Stunden betragen.

Auch aus Schweden kommt ein kleines E-Fahrzeug namens „One“ mit Radnabenmotoren, dessen Auslieferung ebenfalls 2020 beginnen soll. Je nach Akkuausbau soll bei diesem Fahrzeug des Herstellers Uniti die Reichweite zwischen 150 und 300 Kilometer betragen. Von den Kosten her liegt es dagegen bei 17.760 Euro, voll konfiguriert sogar bei rund 26.000 Euro, wäre also deutlich teurer.



<https://pbs.twimg.com/media/EKEoIgSW4AAdsN5?format=jpg&name=small>

ukrinform.de: **Russisches MTS verkauft sein Business in Ukraine**

Das russische Unternehmen MTS, dem in der Ukraine der Mobilfunk-Betreiber Vodafone gehört, kündigte die Unterzeichnung eines Vertrages mit Telco Solutions. (ein

Tochterunternehmen des aserbaidischen Unternehmens Bakcell - Red.) über den Verkauf ihres Telekommunikationsbusiness in der Ukraine an.

Dies geht aus der Mitteilung auf der Webseite MTS hervor.

"Der russische Telekommunikationsnetzbetreiber und Anbieter digitaler Dienstleistungen kündigt an, eine verbindliche Vereinbarung mit Telco Solutions and Investments GmbH zu unterzeichnen, die vom Telekommunikationsunternehmen Baccell LLC kontrolliert wird und ein Teil der Internationalen Unternehmensgruppe NEQSOL Holding ist, um seine Telekommunikationsoperationen in der Ukraine zu verkaufen", heißt es.

Gemäß der Vereinbarung verkauft das Tochterunternehmen MTS, das vollständig dem Allegretto s.a.l. gehört, seinen 100-prozentigen Anteil des niederländischen Tochterunternehmens Preludium BV ("Company"), des einzigen Aktionärs der privaten Aktiengesellschaft "PF Ukraina" für \$734 Millionen.

Demnächst findet die Übergabe der Aktien dieses Unternehmens statt.

Der Wechsel des Eigentümers beeinflusst nicht die Tätigkeit von Vodafone in der Ukraine. Das Unternehmen werde weiterhin seine Dienstleistungen unter Brand Vodafone anbieten, heißt es.

ukrinform.de: **Nach Verkauf von „Vodafone Ukraine“ kündigt Arachamia noch drei Verträge im Wert von 1,4 Mrd. USD an**

Dawid Arachamia, Leiter der Fraktion der Partei „Diener des Volkes“, hat nach dem Verkauf von „Vodafone Ukraine“ bei Facebook drei weitere Verträge im Wert von insgesamt 1,4 Milliarden US-Dollar angekündigt.

Er sei aber nicht sicher, ob die Abwicklung noch in diesem Jahr geschehe.

Er betonte auch, dass „Vodafone Ukraine“ nach dem Verkauf der einzige Mobilfunkbetreiber in der Ukraine ohne russisches Kapital werde.

„Der erste Vertrag ist in 90 Tagen mit 734 Millionen US-Dollar, um einen russischen Mobilfunkbetreiber weniger im Land. Jetzt kann man Vodafone nutzen“, postete der Parlamentsabgeordnete.

Wie Ukrinform mitteilte, hat das russische Unternehmen MTS, dem in der Ukraine der Mobilfunkbetreiber Vodafone Ukraine gehörte, die Unterzeichnung eines Vertrags mit Telco Solutions and Investments über den Verkauf seines Telekommunikationsgeschäfts in der Ukraine angekündigt.

de.sputniknews.com: **Moskau lehnt Teilnahme von „Weißhelmen“ an OPCW-Konferenz ab – russischer Vertreter**

Laut Alexander Schulgin, dem ständigen Vertreter Russlands in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), befürwortet Russland die Teilnahme von Vertretern der Zivilgesellschaft an der OPCW-Konferenz. Jedoch dürften NGOs, die Lügen verbreiten, darunter die „Weißhelme“, nicht mitmachen. Dies teilt die Agentur RIA Novosti am Montag mit.

Russland unterstützt uneingeschränkt die Teilnahme der Zivilgesellschaft an den Sitzungen des höchsten leitenden Organs (Sondersession der Konferenz der Vertragsstaaten der Chemiewaffenkonvention – Anm. d. Red) der OPCW. Dies ist ein Gebot. Es ist äußerst wichtig, dass die Meinung von Nichtregierungsorganisationen, die an der konstruktiven und effektiven Arbeit der OPCW interessiert sind, innerhalb dieser Mauern gehört wird“, sagte Schulgin.

Es gäbe jedoch auch solche NGOs, deren Arbeit nicht nur keine Hilfe leiste, sondern der Organisation sogar schade und ihrer hauptsächlich technischen Tätigkeit eine ungerechtfertigte Politisierung verleihe.

„Es gibt Strukturen, die offene Lügen und unbegründete Anschuldigungen gegenüber einigen Teilnehmerstaaten verbreiten, und sie tun dies nicht auf Gewissensbasis, sondern in Erfüllung

bestimmter politischer Aufträge und auch nicht umsonst“, so der OPCW-Vertreter weiter.
NGOs sollen Anforderungen entsprechen

Wenn die uneingeschränkte Zulassung von NGOs zu den Veranstaltungen der Organisation akzeptiert werde, ohne die Meinung der Mitgliedsstaaten dazu zu hören, könnten ziemlich abscheuliche Strukturen in die Reihen von Vertretern breiter Teile der Zivilgesellschaft gelangen.

„Solche wie zum Beispiel die pseudo-humanitäre Organisation Syrische Zivilverteidigung (SCD), die berüchtigten ‚Weißhelme‘. Sie haben sich mit regelrechtem Betrug und Verbindungen zu terroristischen Gruppierungen im Nahen Osten befleckt“, betonte der russische Diplomat.

Ihm zufolge beinhalten die Leitlinien zu den verfahrenstechnischen Aspekten der Teilnahme von NGOs an der Konferenz (...) Anforderungen an diese Organisationen: Ihre Aktivitäten müssten für das Thema und den Zweck der Chemiewaffenkonvention relevant sein.

„Wir gehen von der Notwendigkeit aus, diesem Grundsatz zu folgen und denjenigen, die nicht wirklich daran interessiert sind, die Ziele und Vorgaben der Chemiewaffenkonvention umzusetzen, sondern bereit sind, diese Plattform für andere Zwecke zu nutzen, den OPCW-Eintritt zu verweigern“, resümierte Schulgin.

Syriens OPCW-Vertreter nimmt Stellung

Bassam Sabbah, der ständige Vertreter Syriens bei der OPCW, forderte seinerseits, sich „an dem Grundsatz der Offenheit und Transparenz zu orientieren, der für die Aktivitäten der Organisation charakteristisch ist“. Er erinnerte daran, dass 87 NGOs an der OPCW-Konferenz teilnehmen würden.

„Die Staaten haben das Recht zu entscheiden, wen sie einladen und wen sie nicht zur Konferenz einladen. Zwei Grundsätze sind wichtig: Relevanz für die Aktivitäten und die Arbeit der Organisation sowie die Tatsache, dass diese Organisationen keine Vorwürfe gegen einen bestimmten Staat erheben und sich nicht an der Verbreitung falscher Meinungen und Aussagen im Interesse eines anderen beteiligen. Wir wissen, dass einige dieser Organisationen die Aktivitäten der OPCW behindern, Lügen verbreiten und grundlose Anschuldigungen aussprechen, was unseren Zielen keineswegs förderlich ist“, merkte Sabbah an.

Zuvor hatte der Vertreter Irlands im Namen mehrerer Delegationen Bedauern über die Entscheidung ausgedrückt, einer Reihe von NGOs die Teilnahme an der Session zu verweigern.

Die 24. Konferenz der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) findet vom 25. bis 29. November in Den Haag statt.

Aktivitäten der „Weißen Helme“

Die Organisation „Weißhelme“ präsentiert sich als Beschützer der Zivilbevölkerung in Syrien, ohne politische Agenda. Der Organisation wird jedoch vorgeworfen, inszenierte Videos aus Syrien zu verbreiten: So haben syrische Journalisten mehrere Aufnahmen gezeigt, auf denen die „Rettungskräfte“ mit Waffen und in Militäruniform zu sehen sind.

Das russische Außenministerium bezeichnete die Tätigkeit der „Weißhelme“ als Teil der Verleumdungskampagne gegen die syrische Regierung. Die Organisation wurde unter anderem der Provokation beschuldigt, die den Westen veranlasste, Damaskus den Einsatz chemischer Waffen vorzuwerfen.

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
Heute fand im Gebiet von Marjinka bei einem Konflikt zwischen ukrainischen Grenzschützern und Soldaten aus der 28. mechanisierten Brigade eine Auseinandersetzung unter Einsatz von Schusswaffen statt. In der Folge des Schusswechsels erlitt eine zivile Einwohnerin eine Schussverletzung. Das Kommando des Stabs der OOS, das begreift, dass dieses Verbrechen nicht gegenüber der Öffentlichkeit verheimlicht werden kann, beschuldigte die Volksmiliz des Beschusses und erklärte dabei, dass der Beschuss mit Schusswaffen auf die

Positionen der BFU erfolgt sei. Solche Falschmeldungen sind eine gewöhnliche Erscheinung für das Kommando der OOS und sind auf die Verheimlichung ihrer Verbrechen und auf die Diskreditierung der Volksmiliz im Vorfeld des Treffens der Kontaktgruppe in Minsk am 27. November gerichtet.

de.sputniknews.com: **Knochenersatz aus dem Weltraum? Kein Problem für russische ISS-Wissenschaftler**

Russischen Wissenschaftlern an Bord der Internationalen Raumstation (ISS) ist es erstmals gelungen, künstliches Knochengewebe unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit zu züchten. Darüber schreibt die russische Zeitung „Iswestija“ am Montag.

Für das Experiment wurde ein Bioprinter genutzt, der nach dem Prinzip der magnetischen Levitation funktioniert. Das Gerät lässt im Gegensatz zum traditionellen 3D-Drucken ein Objekt gleich von allen Seiten entstehen.

Wie Wladimir Komlew, Chef des Baikow-Forschungsinstituts für Metallurgie und Materialkunde der Russischen Akademie der Wissenschaften, gegenüber der Zeitung sagte, wurden für das künstliche Knochengewebe Stoffe auf Grundlage von Calciumphosphat-Keramik genutzt, die nach ihrer Zusammensetzung fast identisch mit den anorganischen Komponenten eines echten Knochens seien.

Das Projekt soll künftig die Transplantation von Knochenimplantaten an Kosmonauten ermöglichen, falls es zu jeglichen Verletzungen oder Krankheiten kommen sollte. In Zukunft wollen die Wissenschaftler Stammzellen mit menschlicher DNA in künstlichen Knochen verwenden, um das Risiko der Abstoßung der Implantate zu verringern.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32603/04/326030463.jpg>

de.sputniknews.com: **Diebstahl im Grünen Gewölbe? Schatz lag einst sicher in Moskauer Tresor**

Die historische Kollektion aus der ehemaligen Schatzkammer der Wettiner Fürsten beinhaltet die umfangreichste Kleinodiensammlung Europas. Jetzt ist ein Teil mutmaßlich gestohlen worden. Um sie vor Diebstahl zu bewahren, lag die Sammlung schon mal in einem Moskauer Tresor, erinnert Gilbert Lupfer von den Kunstsammlungen Dresden.

„Bei den Stücken des Grünen Gewölbes handelt es sich um einen gemischten Bestand“, erläutert Lupfer. Er ist Provenienzforscher, beschäftigt sich also mit der Herkunft von Kulturgütern und Kunstgegenständen. Einerseits handelt es sich bei der Sammlung um altem Kunstschmuckbestand aus dem 16. und 17. Jahrhundert, so der Wissenschaftler, sowie um Erwerbungen von Sachsens Kurfürst August dem Starken, der die Schatzkammer zwischen 1723 und 1730 anlegen ließ und sie auch der Öffentlichkeit präsentierte. Seinerzeit untergebracht in Gewölberäumen, die malachitgrün gestrichene Säulenfüße und -kapitelle hatten, die der Schatzkammer auch den Namen verschafften.

Der Schatz in Moskau

Im oberen Park von Peterhof steht der Neptunbrunnen. Die Aufnahme stammt aus dem Frühjahr 1942, kurz vor dem Abbruch des Brunnens, der nach Nürnberg gebracht wurde. In diesem Fall „auf Geheiß von oben“, so Corinna Kuhr-Korolev, weil er von dem Nürnberger Bildhauer Georg Schweigger stammte.

„Die seit dem 18. Jahrhundert einem breiteren Publikum zugängliche Sammlung überstand die Wirren des Zweiten Weltkrieges auf der Festung Königstein, dorthin wurden sie nämlich ausgelagert“, erzählt Lupfer. „Bei Kriegsende 1945 wurden die Bestände in die Sowjetunion abtransportiert, sind aber nicht etwa in ein Museum gebracht worden, sondern wurden im Tresor des Finanzministeriums in Moskau eingelagert, denn der galt als sicherer“, so Kunsthistoriker Lupfer. Bis die Schätze aus dem Grünen Gewölbe dann 1958 von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben wurden: Zunächst wurden sie nach Ostberlin gebracht, um dann wieder „zu uns nach Dresden“ zu gelangen.

Der wertvolle Juwelenbestand

Wie viel und was genau fehlte, war zum Zeitpunkt des Gespräches noch nicht bekannt. Betroffen sollten möglicherweise etwa 100 Objekte aus den Juwelengarnituren Friedrich August I., genannt August der Starke, sein. Die Ensembles aus Knöpfen, Schnallen, Hutschmuck, Orden, Achselschleifen oder Stockknöpfen sind mit Brillanten, Diamanten, Rubinen, Smaragden oder Saphiren besetzt. Aus einer Vitrine seien drei Juwelengarnituren aus dem 18. Jahrhundert gestohlen worden, wurde nun bekannt. Der Materialwert sei angeblich nicht so hoch, dafür aber der „ideelle Wert“ dieses zusammenhängenden Ensembles.

Der Grüne Diamant

Eines der wertvollsten Stücke des Grünen Gewölbes entging den Dresdener Juwelendieben: der Grüne Diamant. Er wird derzeit im Metropolitan Museum of Art in New York ausstellt. Das Hut-Schmuckstück mit dem einzigartigen Stein von 41 Karat und natürlicher Färbung - die grüne Farbe kam durch radioaktive Bestrahlung im Erdinneren zustande - gilt als spektakulärste Leihgabe der US-amerikanischen Ausstellung und soll dort noch bis zum 1. März 2020 funkeln.

ukrinform.de: In Cherson gedenkt deutsche Botschafterin Kateryna Handsjuk

Die deutsche Botschafterin in der Ukraine, Anka Feldhusen, hat während ihres Aufenthalts in Cherson das Grab der ermordeten Aktivistin Kateryna Handsjuk besucht.

Das meldet bei Twitter die deutsche Botschaft.

„In Cherson beginnt der Tag mit einem stillen Gedenken: „Kateryna Handsjuk. Wir werden uns an dich erinnern. Wir werden nicht vergessen!“, steht unter dem Foto.

Die Botschafterin stellte auch fest, dass der Mord an Handsjuk nicht ungestraft bleiben sollte. Wie Ukrinform berichtete, wurde Kateryna Handsjuk am 31. Juli 2018 am Eingang ihres Hauses in Cherson mit der Schwefelsäure übergossen. 40 Prozent des Körpers hatten Brandverletzungen. Handsjuk unterzog sich mehreren Operationen, aber sie starb am 4. November.

Wegen des Verdachts der Beteiligung an ihrem Mord wurden fünf Personen festgenommen.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_11/1574678832-869.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Naftogaz-Manager meldet versuchte Kontrollübernahme des**

Konzerns durch Oligarchen

Der Direktor für integriertes Gasbusiness des ukrainischen Unternehmens Naftogaz, Andrej Faworow, hat laut „Wall Street Journal“ erklärt, dass die der Verletzung der Finanzierung von Wahlkampagnen beschuldigten Ex-UdSSR-Bürger Lew Parnas und Igor Fruman versucht hätten, Kontrolle über Naftogaz zu ergreifen und ihn zum Unternehmenschef zu machen. Die US-Staatsangehörigen Parnas und Fruman (ehemalige UdSSR-Bürger, gebürtiger Ukrainer und Weißrusse) werden der rechtswidrigen Spenden an US-Politiker im Namen nicht genannter ukrainischer Beamter und eines russischen Unternehmers bezichtigt. Nach Angaben einiger Medien könnte als Geld-Empfänger auch die Zentrale von Donald Trump aufgetreten sein. Es wird zudem behauptet, dass Parnas und Fruman Rudy Giuliani – dem persönlichen Rechtsanwalt von Donald Trump – geholfen hätten, eine eigene Ermittlung hinsichtlich der Tätigkeit des Ex-Vizepräsidenten Joe Biden und seiner Familie in der Ukraine zu führen. Trump hatte früher erklärt, er kenne die Angeklagten nicht.

„Du bist Republikaner, stimmt´s? (...) Wir wollen, dass Du unser Mann bist“, führt Faworow die Worte von Parnas und Fruman an.

Dem Direktor des ukrainischen Unternehmens zufolge versuchten Parnas und Fruman im März seine Unterstützung zu erwerben – bei dem Versuch, den gegenwärtigen Naftogaz-Chef, Andrej Kobiljew, von seinem Posten abuberufen. Faworow erklärte, dass er durch ihr Angebot, die Kontrolle über das Unternehmen zu erlangen und ihn an die Spitze von Naftogaz zu stellen, aus dem Konzept gebracht worden sei. Einerseits verstanden Parnas und Fruman wahrscheinlich wenig vom Gasgeschäft, andererseits war er sich bewusst, dass sie bedeutende politische Beziehungen hätten. Sofort nach dem Treffen mit Parnas und Fruman teilte Faworow ihnen mit, dass er kein Teil ihres Planes sein werde, und erzählte seinem Chef Kobiljew von dem Treffen.

Der Vertreter von Fruman weigerte sich, diese Information zu kommentieren, und der Anwalt von Parnas, Ed McMahon, erklärte, die Story sei eine „totale Lüge“.

Die Demokraten haben im Kongress den Impeachment-Prozess gegen Trump begonnen, weil sie ihn wegen des Drucks auf die ukrainischen Behörden zum Zweck der Einleitung einer Ermittlung gegen Biden verdächtigen. Giuliani könnte dem Verdacht der Demokraten zufolge eine aktive Rolle bei diesem Druck gespielt haben.

ukrinform.de: Naftogaz hat nichts dagegen, wenn Gazprom 3 Mrd. USD an Schulden mit Gas deckt

Die ukrainische Gasgesellschaft „Naftogaz Ukraine“ sei bereit, für die Schulden des russischen Unternehmens Gazprom in Höhe von 3 Mrd. USD, die nach der Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts entstanden, von ihm das Erdgas zu bekommen.

Das postete bei Facebook der ausführende Direktor von Naftogaz, Jurij Witrenko.

„Wir sind bereit, die Vorschläge von Gazprom zur Vollziehung der Entscheidungen des Stockholmer Schiedsgerichts konstruktiv zu behandeln...“, schrieb er.

Ihm zufolge schuldet Gazprom heute Naftogaz gemäß der endgültigen und verbindlichen Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts 3 Mrd. USD.

Witrenko hat angemerkt, dass sich Naftogaz in den Schiedsgerichten hauptsächlich gegen die Klagen von Gazprom verteidigt.

„Auch wenn wir von unserer Seite eine Klage erheben, handelt es sich dabei um den Schadensersatz, verursacht durch die Handlungen von Gazprom, insbesondere durch die Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen von Gazprom“, unterstrich Witrenko.